



## „Zweite Halbzeit“ für die Große Koalition

**Große Koalition steht auch in der „zweiten Halbzeit“ vor großen Aufgaben:** Nachdem die unionsgeführte Bundesregierung Deutschland nach sieben Jahren Rot-Grün wieder auf den Pfad von Wirtschaftswachstum und außenpolitischer Zuverlässigkeit gebracht hat, müssen wir diesen Weg entschlossen auch in den kommenden Jahren vorangehen. Hier muss auch die SPD mitziehen. Natürlich bemerken wir eine zunehmende Nervosität bei unserem Koalitionspartner. Unserem Land und den Bürgerinnen und Bürgern bringt es aber überhaupt nichts, wenn die SPD über die Erfolge der Kanzlerin schmolzt und sich jetzt einen thematischen Wettbewerb mit der Linkspartei liefert. Es wäre besser, die Anstrengungen gemeinsam mit uns auf die vor uns liegenden Herausforderungen zu richten.

Zu den großen Aufgaben gehört insbesondere der weitere Abbau der Verschuldung und die Fortsetzung unseres erfolgreichen Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit; aber auch die Durchsetzung einer Integrationspolitik, die die Gleichberechtigung von Mann und Frau in allen gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland garantiert. Darüber hinaus werden wir die Pflegeversicherung auf ein stabiles finanzielles Fundament stellen. Das heißt auch: Wir dürfen die kommenden Generationen nicht über Gebühr belasten. Eine mäßige Beitragserhöhung wird sich nicht vermeiden lassen, wenn wir ganz erhebliche Beitragssteigerungen in der Zukunft vermeiden wollen. Um die Belastung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht übermäßig zu erhöhen, müssen wir gleichzeitig die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung senken.

### EU-Defizitverfahren eingestellt

Die EU-Finanzminister haben sich vergangene Woche darauf geeinigt, das bereits im Vorjahr ausgesetzte Defizitverfahren gegen Deutschland vollständig einzustellen. Damit zogen sie die Konsequenzen aus der erfolgreichen Haushaltspolitik der unionsgeführten Bundesregierung. Nachdem Rot-Grün seit 2002 fünfmal hintereinander gegen die Maastricht-Kriterien verstoßen hatte, unterschritt der erste Haushalt der Großen Koalition die Defizit-Grenze von 3,0 % bereits deutlich. 2007 konnte die Neuverschuldung weiter gesenkt werden. Das zeigt: Sanieren, Investieren und Reformieren ist die richtige Formel für eine nachhaltige Politik. Die Unionsfraktion unterstützt den Sanierungskurs und wird sich auch bei den Verhandlungen über den Haushalt 2008 für eine weitere Senkung der Neuverschuldung einsetzen. Ziel muss ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden sein.

## Ehrenamtler erkunden Berliner Regierungsviertel



Ein Bus voll mit ehrenamtlich engagierten Oberbergern erkundete in der vergangenen Woche die Hauptstadt Berlin auf einer politischen Bildungsreise. Das Bundeskanzleramt, das Bundesfinanzministerium und die ehemalige Stasi-Haftanstalt in Hohenschönhausen waren einige Stationen der viertägigen Tour. Im Bundestag gab es eine Führung durch das alte Reichstagsgebäude und exklusive Einblicke in das Parlamentsgeschehen.



## Aus der CDU/CSU – Fraktion im Bundestag:

Wir haben die **Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo** in dieser Woche beschlossen. Die derzeitige Lage im Kosovo ist überwiegend ruhig, aber nicht stabil und steht ganz im Zeichen des vom VN-Sicherheitsrat 2005 initiierten Prozesses zur Bestimmung des künftigen Status des Kosovo. Mit der am 26. März 2007 durch VN-Generalsekretär Ban Ki-Moon erfolgten Übermittlung des Statusvorschlages an den VN-Sicherheitsrat befindet sich dieser Prozess in seiner entscheidenden Phase. In dieser sensiblen Situation bleiben zur Stabilisierung der gesamten Region die internationale Truppenpräsenz und die Beteiligung deutscher Soldatinnen und Soldaten unerlässlich.

Unsere mittelständische Wirtschaft wendet nach Schätzungen 4 bis 6 Prozent ihres Umsatzes allein für Bürokratie auf. Diesem wirken wir in einem weiteren Schritt mit dem **2. Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft** entgegen. So werden etwa Existenzgründer in den ersten drei Jahren von statistischen Meldepflichten befreit, statistische Erhebungen bei Kleinunternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten werden auf drei Stichproben pro Jahr beschränkt, das Auskunftsverfahren für Daten aus dem Gewereregister und die steuerliche Buchführungspflicht werden vereinfacht, und die Vorausbescheinigung des Arbeitgebers für die Rentenversicherung wird durch eine Sondermeldung im Meldeverfahren der Sozialversicherung ersetzt.

In zweiter und dritter Lesung verabschiedeten wir das **Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union**. Wir konnten deutliche Fortschritte im Bereich Integration und Gefahrenabwehr durchsetzen. Mit dem Erfordernis des Nachweises einfacher Deutschkenntnisse vor dem Ehegattennachzug, der konsequenteren Sanktionierung bei Verstößen gegen die Integrationsverpflichtung, der Anhebung des Ehegattennachzugsalters auf 18 Jahre und der Verankerung des Prinzips des „Förderns und Forderns“ im Gesetz schaffen wir die Voraussetzung für die Integration von Zugewanderten. Die innere Sicherheit wird durch die mögliche konsequentere Ausweisung von Intensivtätern und eine bessere Kontrolle von Personen, bei denen ein Terrorverdacht nicht ausgeschlossen werden kann, erhöht. Nunmehr gilt es, die neuen Maßnahmen umgehend in die Tat umzusetzen.

Mit dem in erster Lesung debattierten **Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im Sport** werden die Instrumente zum Kampf gegen Doping verbessert. Vorgesehen ist eine Strafverschärfung für banden- und gewerbsmäßiges Dopen sowie die Einführung der Besitzstrafbarkeit bei nicht geringen Mengen bestimmter gefährlicher Dopingsubstanzen. Die Regelungen haben eine wirksamere Strafverfolgung des Handels mit bekanntermaßen gefährlichen und häufig verwendeten Dopingmitteln zum Ziel. So können auch die Hintermänner und Strukturen wirksam zerschlagen und bestraft werden. Zudem sind Änderungen des Arzneimittelgesetzes hinsichtlich der Kennzeichnungspflicht für dopingrelevante Arzneimittel vorgesehen.

### CDU-Bundestagsabgeordnete im Oberbergischen:

#### Diskussionen zum Grundsatzprogramm der CDU

- am Freitag, 22.6.07, 19.00 Uhr, Hotel zur Post, Bahnhofstr. 10 in Morsbach **mit Kristina Köhler MdB** Fachpolitikerin für Islam, Integration und Extremismus
- am Dienstag, 26.6.07, 19.00 Uhr, Foyer des Bürgerhauses, Schlossmacherstrasse in Radevormwald **mit Peter Paziorek MdB**, Parlamentarischer Staatssekretär, Experte für Klima-, Umwelt- und Energiepolitik

### KONTAKT

Klaus-Peter Flosbach MdB  
Jakob-Kaiser-Haus  
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin  
Tel.: (030) 227-71 401  
Fax : (030) 227-76 301  
Mail: klaus-peter.flosbach@bundestag.de  
[www.klaus-peter-flosbach.de](http://www.klaus-peter-flosbach.de)